Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 16 | Halver, Freitag, den 19. Januar | 1951

Austin vor dem Politischen Ausschuß

USA fordern Verurteilung Chinas

„UNO kann jetzt nicht mehr passiv bleiben" — Untersuchung von Kollektivmaßnahmen

dpa. New York, 19. Januar

Der amerikanische UNO-Hauptdelegierte Warren Austin bezeichnete am Donnerstag die chinesische Volksrepublik als Aggressor in Korea. Er forderte die UNO zu kollektiven Maßnahmen auf, um dieser Aggression zu begegnen.

Vor dem Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung stellte Austin den Tatbestand einer Aggression durch das Pekinger Regime fest. Die UNO solle deshalb die Chinesen auffordern, die Feindseligkeiten gegen die UNO-Truppen in Korea einzustellen und ihre Streitkräfte zurückzuziehen. Der im vergangenen Jahr auf amerikanischen Antrag geschaffene UNO-Ausschuß für Kollektivmaßnahmen solle die nächsten Schritte untersuchen, die die UNO unternehmen müßte. Gleichzeitig solle irgendeine Körperschaft mit Peking Fühlung halten, falls die chinesische Regierung sich zu einem Friedensangebot entschließen sollte.

Die UNO habe lange Zeit Geduld bewiesen, sagte Austin. Der Friede könne aber nicht dadurch gewonnen werden, daß man angesichts einer Aggression passiv bleibe. Die Aggression der chinesischen Kommunisten in Korea sei Teil eines weltweiten Netzes des „zentralgesteuerten sowjetischen Imperialismus". Die künftigen Absichten der UNO müßten daher die Machtverteilung in der Welt und anderwärts drohende Gefahren berücksichtigen. Am Schluß seiner Rede forderte Austin die Annahme einer Resolution, die den wahren Verhältnissen gerecht werde.

Nach Austin sprachen sich mehrere Delegierte für Zeitgewinn zur näheren Prüfung der chinesischen Antwort auf den Fünf-Punkte-Friedensplan der UNO aus.

Der sowjetische Delegierte Tsarapkin billigte die chinesischen Gegenvorschläge. Er forderte erneut die Hinzuziehung der chinesischen Volksrepublik und Nordkoreas zu den Beratungen des Politischen Ausschusses über Korea

Pearson: „Tür noch offen"

Der kanadische Außenminister Pearson erklärte am Donnerstag, er habe nicht den Eindruck, daß durch die Antwort Pekings auf den Fünfpunkte-Friedensplan der UNO die Tür für eine Regelung bereits endgültig zugeschlagen sei.

Die chinesische Regierung scheine die UNO-Vorschläge als Diskussionsgrundlage annehmen zu wollen, knüpfe aber an eine solche Diskussion bestimmte Bedingungen. Die Vereinten Nationen könnten die chinesische Antwort nicht annehmen, wenn darin zur Bedingung gemacht werde, daß politische Verhandlungen vor Einstellung des Kampfes in Korea beginnen sollten. Es sei auch unannehmbar, das kommunistische China als UNO-Mitglied anzuerkennen, bevor politische Verhandlungen begonnen hätten, erklärte der Außenminister weiter. Einige andere Punkte in der chinesischen Antwort seien „nicht allzu schlecht und man könne darüber diskutieren".

London ist enttäuscht

dmt. London, 18. Januar

Die Ablehnung des Waffenstillstandsvorschlages der UNO durch die Regierung von Peking hat in London bittere Enttäuschung hervorgerufen. Die Haltung gegenüber der chinesischen Regierung hat sich zusehends versteift, wenn auch noch immer einflußreiche Kreise eine weitere Politik des Einlenkens befürworten

In Gegenwart von Außenminister Bevin befaßte sich am Donnerstag das Kabinett mit der neuen Lage. Bei dieser Gelegenheit wurden neue Weisungen an den britischen Delegierten bei der UNO, Sir Gladwyn Jebb, entworfen. Unterrichtete Kreise glauben, London habe sich angesichts der völligen Ablehnung Pekings dem amerikanischen Standpunkt genähert und sei jetzt in gewissem Umfange bereit, einer Verurteilung Pekings als Aggressor zuzustimmen, wie sie von den USA angestrebt wird.

Auch der australische Außenminister bezeichnete die Gegenvorschläge Chinas als völlig unannehmbar.

Kommunisten protestierten gegen Eisenhower

In 19 Provinzen Generalstreik — Polizei schoß in Massenversammlungen

dmt. Rom, 18. Januar

Der Besuch des atlantischen Oberkommandierenden General Eisenhowers in Rom hatte, wie erwartet, Protestaktionen der italienischen Kommunisten und kommunistisch geführten Gewerkschaften ausgelöst. In 19 der 96 italienischen Provinzen wurde der Generalstreik ausgerufen und für Donnerstagabend in Rom eine Massendemonstration angesetzt, auf der Generalsekretär des kommunistisch ausgerichteten Gewerkschaftsbundes, Ottorio, sprechen sollte. In einem Protesttelegramm der Nenni-Sozialisten an die amerikanische Botschaft heißt es, 16 Millionen Italiener stünden in entschlossener Opposition gegen den Atlantikpakt. In Adrano bei Catania (Sizilien) kam es zu ernsten Zwischenfällen. Polizisten eröffneten das Feuer auf eine Massenversammlung und erschossen dabei einige der Demonstranten, dreizehn weitere wurden verletzt.

General Eisenhower, der zunächst eine Unterredung mit Ministerpräsident de Gasperi hatte und von Staatspräsident Einaudi empfangen worden war, besprach anschließend mit Verteidigungsminister Pacciardi und seinem Stab militärische Fragen. Am Freitagmorgen wird General Eisenhower seine Reise nach Luxemburg fortsetzen.

Gefährliche Entwicklung an der Mittelfront

Ganze nordkoreanische Division soll durch UNO-Front schlüpfen

dmt. Tokio, 19. Januar

In dem Berggelände des mittleren Frontabschnittes in Südkorea ist es kommunistischen Truppen gelungen, durch die sehr dünnen Linien der UNO-Truppen durchzusickern. Nach Aussagen von Gefangenen soll die 31. nordkoreanische Division den Auftrag haben, im unübersichtlichen Gebirge durch die Linien der UNO-Truppen hindurchzuschlüpfen und dann, nachdem sie sich wieder gesammelt hat, im Rücken der UNO-Truppen auf den wichtigen Verkehrsknotenpunkt Taegu (Taiku) vorzustoßen.

Die Flanke der UNO-Streitkräfte im Ostabschnitt der Front hat sich dadurch verlängert, daß die Truppen weiter vorstießen, ohne Widerstand zu finden und am Donnerstagabend etwa 40 Kilometer südlich des 38. Breitengrades in der Nähe von Kangnung standen.

Am Freitagfrüh griffen Luftstreitkräfte der UNO Truppenkonzentrationen der Chinesen im Mittel- und Westabschnitt an.

In den Truppenstäben der UNO-Verbände rechnet man mit einer neuen Groß-Offensive der Kommunisten. Dabei gehen die Ansichten darüber auseinander, ob die Chinesen im Ostteil des Landes — also zwischen Wonju und Pusan — die Entscheidung suchen wollen, oder ob sie auf der ganzen Breite der Front quer durch Korea gleichzeitig die UNO-Truppen angreifen wollen. Für beide Möglichkeiten ergeben die Aufklärungsergebnisse Anhaltspunkte.

Die Taktik der UNO-Verbände findet bei den Holländern, die bereits in Indonesien Fronterfahrung sammeln konnten, scharfe Kritik. Die Amerikaner, so sagen sie, seien viel zu sehr auf Artillerie, Flugzeuge, Jeeps und Hauptstraßen angewiesen. In einem gebirgigen Gelände aber könne man einen Gegner nicht mit Flugzeugen bekämpfen, man müsse ihn verfolgen und zum Nahkampf übergehen. Das koste zwar mehr Verluste, aber bringe auch sichere Erfolge.

Nach einer Statistik des amerikanischen Kriegsministeriums sind in Korea bisher 7303 Soldaten gefallen. Die Zahl der Verwundeten wird mit 30 000, die der Vermißten mit über 8000 angegeben.

Das USA-Repräsentantenhaus billigte den Plan zum Bau eines 57 000 Tonnen-Flugzeugträgers, der atombombentragende Flugzeuge aufnehmen kann.

Hoffnung auf Einigung wächst

Verständnisbereitschaft bei den Mitbestimmungs-Verhandlungen

dl. Bonn, 18. Januar

Die am Donnerstag in Bonn fortgeführten Verhandlungen mit den Arbeitnehmern über das Mitbestimmungsrecht sind, wie aus Regierungskreisen verlautet, im Geiste gemeinsamen Verständigungswillens verlaufen. Es wurde vereinbart, daß an dem Mitbestimmungsrecht in den bereits entflochtenen Betrieben nichts geändert werden und darüber hinaus zunächst ein Betriebsverfassungsrecht für die Kohle- und Eisenindustrie geschaffen werden soll. Man glaubt, daß eine Einigung nicht mehr auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird, nachdem am Mittwoch auch bei den Arbeitgebervertretern Verständigungsbereitschaft festzustellen war.

Am Freitag werden in Bonn die Hauptverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattfinden, an denen Bundeskanzler Dr. Adenauer teilnehmen wird. Auch bei diesen Verhandlungen wird Dr. Böckler die Gewerkschaftsinteressen vertreten. Auf besonderen Wunsch Dr. Adenauers soll jeder Druck auf die Gewerkschaften vermieden werden. Der Bundeskanzler will sich so wenig wie möglich in die Verhandlungen einschalten.

„Streik muß vermieden werden"

dmt. Bonn, 18. Januar

Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Bundesrates über innen- und außenpolitische Fragen. Dabei gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Frieden erhalten bleiben werde. Zu der Entwicklung des Verhälnisses zwischen der Bundesregierung und den Besatzungsmächten bemerkte der Kanzler, daß die Besatzungsmächte die Verzögerung der Anerkennung der Auslandsschulden übel vermerkt hätten. Von dieser Frage werde der Abbau der Besatzungskontrolle abhängig gemacht.

Zu der Streikfrage erklärte der Bundeskanzler, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften des Kohlebergbaus und der eisenschaffenden Industrie günstig verlaufen seien. Jedenfalls müsse ein Streik schon aus außenpolitischen Gründen vermieden werden.

Sollen wir wieder Sedan feiern?

Wir werden wieder Sedan feiern und an diesem Tage — dem 2. September — mit Schulfeiern und Wohltätigkeitskonzerten des großen Tages gedenken, wo die französische Armee vor siegreichen preußischen Generalen die Waffen streckte. Vielleicht wird in diesem Jahr schon ein Musikkorps der Bereitschaftspolizei ein Platzkonzert geben und wir werden wieder das Lied singen: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall!"

So ungefähr wird sich die europäische Entwicklung vollziehen, wenn es nach dem Wunsch jener seltsamen Zeitgenossen geht, die allen Ernstes vorgeschlagen haben, den Tag von Reims, an dem die Deutsche Wehrmacht die Waffen streckte, am 8. Mai als französischen Nationalfeiertag zu feiern. Diesen Vorschlag hat Louis Jaquinot gemacht, seines Zeichens Minister für die ehemaligen Kriegsteilnehmer, also ein Mann, der mit Robert Schuman in dem gleichen Kabinett sitzt.

Man weiß nicht, ob man Monsieur Jaquinot zu seiner Erdenferne beglückwünschen soll, vielleicht hat er noch gar nichts davon gehört, daß ein Mann mit Namen Eisenhower zurzeit durch Europa reist, um eine gemeinsame Armee des Westens aufzustellen. Vielleicht weiß er auch noch gar nicht, daß in diesen Tagen sein Landsmann, General Ganeval, mit den deutschen Generalen Speidel und Heusinger auf dem Petersberg Besprechungen führt, die sicherlich damit enden werden, daß in irgend einer Form deutsche Kontingente in eine atlantische oder europäische Streitmacht eingebaut werden.

Man muß schon sagen: Es ist allerlei, was man uns heute noch zumutet. Vielleicht hat sogar eine Abteilung deutscher Soldaten in Khakiuniform die Ehre, am 8. Mai an einer Erinnerungsfeier der französischen Besatzungsmacht teilzunehmen. In diesem Zusammenhang könnte möglicherweise das müde Wort „ohne mich" einen neuen, weniger müden Sinn erhalten.

Dr. Rdt.

Wer will den Streik?

Von
Dr. Hans Otto Wesemann

Wenn es wirklich zum Streik kommen sollte — er verspricht nicht, ein sehr populäres Unternehmen zu werden. Unter den Belegschaften der in Frage kommenden Werke breitet sich mehr und mehr das Gefühl aus, man habe sich auf eine Sache eingelassen, die doch wohl etwas fragwürdiger ist, als man anfangs glauben konnte. Diese Zweifel betreffen nicht nur die Frage, ob es wirklich ein so dringendes Anliegen der Arbeiter ist, den Funktionären der Gewerkschaften zu neuen Machtpositionen zu verhelfen, eben jenen Funktionären, die man noch weniger kennt als die eigenen Direktoren und auf deren Auswahl man keinerlei Einfluß hat; die Zweifel rühren auch von der Sorge her, ob man es verantworten kann, mit dem bekannten starken Arm alle Räder stillstehen zu lassen.

Daß es in diesem Streik keinen Gegner gibt, es seien denn die für die Neuordnung der Eisenindustrie zuständigen alliierten Instanzen, ist mittlerweile den weitesten Kreisen bekannt geworden. Ein Streik zu dem Zweck, den Bundestag unter Druck zu setzen, erzeugt Gewissenskonflikte bei all denen, für die Demokratie mehr als eine Phrase ist. Das von den Gewerkschaften empfohlene Verfahren, durch fristgemäße Kündigung die Stillegung der Betriebe zu erzwingen, wirft die Frage auf, wie man die Arbeitgeber veranlassen will, nach getaner Streikarbeit diejenigen wieder einzustellen, die doch freiwillig ausgeschieden sind; es gibt nirgends im deutschen Recht eine Bestimmung, die einen Arbeitgeber zwingt, freiwillig ausgeschiedene Arbeiter überhaupt oder gar an ihren früheren Posten wieder zu beschäftigen.

So ist denn das Ergebnis einer Umfrage, die das Bielefelder Institut für Markt- und Meinungsforschung (EMNID) vorgenommen hat, in hohem Maße glaubhaft. Zunächst hat sich herausgestellt, daß die Mehrheit der befragten Arbeiter und Angestellten im Bergbau und der eisenschaffenden Industrie nicht darüber im Bilde war, wie die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht angewendet wissen wollen. Die Mehrheit der Befragten hat das soziale Mitbestimmungsrecht befürwortet; aber nur rund ein Viertel betont die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Mitbestimmung. Rund 80% der Arbeiter in beiden Industriezweigen sind für eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und für eine friedliche Lösung der Streitfragen. Rund 70 Prozent in der eisenschaffenden Industrie sprachen sich dafür aus, die Mitbestimmung durch Betriebsangehörige und nicht durch außenstehende Gewerkschaftsvertreter wahrnehmen zu lassen. Diese Meinung wurde übrigens auch von den Gewerkschaftsmitgliedern unter den befragten Arbeitern geteilt.

Wenn diese Ergebnisse auch nur einigermaßen die Wirklichkeit treffen, dann ist der Boden nicht sehr fest, von dem aus praktisch eine Stillegung der gesamten deutschen Industrie erzwungen werden soll. Zieht man neben dieser Wirkung, die ganz unmittelbar in allen Teilen der Bundesrepublik spürbar werden würde, noch den politischen Charakter des Streiks in Betracht, so begreift man das allgemeine Mißbehagen, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft. Man begreift vor allem, daß die früher in den christlichen Gewerkschaften tätigen Kräfte wieder erwachen und sich — bei voller Wahrung ihrer Ansprüche gegen die Arbeitgeberschaft — von dem „Monopolsozialismus" des Deutschen Gewerkschaftsbundes distanzieren.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Ob sie zu einer Uebereinstimmung führen oder nicht, ändert nichts an der Tatsache, daß der Bundestag die letzte Instanz ist. Denn die Vertreter der Sozialpartner haben sicher nicht die Legitimation, im Namen all derer zu sprechen, die von einem neu zu begründenden deutschen Eigentumsrecht unmittelbar oder mittelbar betroffen werden. Das kann nur auf verfassungsmäßigem Wege geschehen. Jede andere Methode wäre eine revolutionäre Methode. Die Deutschen hätten selbst dann Grund, einer solchen Methode mit höchstem Argwohn zu begegnen, wenn sie ihr nicht fast all das Elend zu verdanken hätten, dessen Beseitigung sie noch für Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Eden eingetroffen

dpa. Düsseldorf, 19. Januar

Der frühere britische Außenminister Anthony Eden ist am Donnerstagabend auf dem Flugplatz Lohausen eingetroffen. Bei seiner Ankunft erklärte er, er wolle sich in Unterredungen mit „deutschen und alliierten Persönlichkeiten, die über Deutschland genau Bescheid wissen", über die Lage in Deutschland unterrichten. Auf die Frage, ob er politische oder militärische Dinge besprechen wolle, sagte Eden lächelnd: „Je zur Hälfte."

Die Seite der Heimat

Halver, den 19. Januar 1951

Regenschirme

Irgend jemand muß die Dinger in Verruf gebracht haben. Wenn ich nicht fürchten müßte, jemandem zu nahe zu treten, würde ich sagen: es waren die Friseure, vielleicht im Verein mit den Bügelanstalten, und die wieder in geheimer Verbindung mit der an Herstellung und Verkauf von Schnupfenmitteln, Taschentüchern usw. beteiligten Geschäftswelt. Wie könnte es sonst möglich sein, daß es Leute gibt, die sich lieber bis auf die Haut durchregnen lassen, ehe sie sich entschließen, einen Regenschirm zu nehmen, wenn nicht von irgendwo geheime Gegenpropaganda käme?

Es scheint aber, als ginge die Verachtung des so nützlichen Wetterdaches seit einiger Zeit etwas zurück. Die Vernunft wird wieder populärer zu Ungunsten einer ehrgeizigen Abhärtungstheorie.

Besonders Männer sind, glaube ich, längst nicht so empfindlich, was Regenschirmtragen betrifft, wie Frauen, obwohl sie sich nicht einmal die Extravaganz einer Regendachmode erlauben. Jedenfalls sah ich neulich in einer Wochenschau Bilder von einer verregneten, riesigen Männerkundgebung. Ein wogendes Meer aus kleinen, runden, glänzenden Kuppeln, auf jeder eine Spitze, dehnte sich endlos, vorwiegend schwarz. Keiner stand in unbeschirmten, tropfigen Zwischenräumen. Auch die Verächter hatten mit unterkriechen dürfen.

A propos unterkriechen: Vielleicht zieren sich die Männer nur deshalb ganz gern und gutwillig mit einem Regenschirm, weil sie dann so gewinnend-herzlich-literarisch-einladend sagen können: „Mein schönes Fräulein, darf ich wagen, Arm und Dach Euch anzutragen?" H.

Halver

Neuer Gasthauseinbruch

In den Morgenstunden des gestrigen Tages mußte der Besitzer des Gasthofes Hermannsruh die betrübliche Feststellung machen, daß er Besuch erhalten hatte, der nicht bestellt worden war. Die in letzter Zeit so überaus regsamen Diebe waren mittels einer darunterstehenden Bank an ein Fenster gelangt und hatten dieses eingeschlagen. In der stürmischen Nacht wurden sie auch von niemandem gehört. Dann leerten sie den Schankraum, um einige Flaschen trinkbaren Inhaltes, ließen das Wechselgeld mitgehen und empfahlen sich auf dem gleichen Weg, den sie vorher genommen hatten. Sie ließen für insgesamt 80 DM an Spirituosen und Geld mitgehen. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur. Dieser Vorfall beweist deutlich genug, wie sehr wir mit unserer Mahnung an alle Gastwirte recht hatten, als wir in einer früheren Ausgabe rieten, zur Nacht sämtliche Spirituosen und das Wechselgeld aus den Gasträumen zu entfernen. Hoffentlich gelingt es endlich, die ungebetenen Gäste hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Die Keller liefen voll

Am gestrigen Nachmittag wurde die Halversche Feuerwehr zu der Baracke Frankfurter Straße 111 gerufen. Dort war infolge der anhaltenden Regenfälle Wasser in die Keller gedrungen. Zur Behebung des Schadens wurde die Motorspritze eingesetzt.

Meisterprüfung bestanden

Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer Arnsberg bestand Gustav Schönnenberg, Halver, Langenscheider Weg 2, die Meisterprüfung im Sattlerhandwerk. Die Heimatzeitung gratuliert!

Kein Tummelplatz für Blechdosen

Das Tannenwäldchen im Eichholz, unterhalb der Stellerschen Fabrik auf der rechten Straßenseite fällt jedem Vorübergehenden unangenehm ins Auge. Scheinbar hat man hier so etwas wie eine inoffizielle Müllabladestelle ins Leben gerufen. Seitdem der letzte Schnee verschwunden ist, bietet der Waldrand einen interessanten Querschnitt durch die deutsche Emballagen, insbesondere die Blechdosenindustrie. Es dürfte jedem Einsichtigen klar sein, daß eine solche Ausstellung hier gänzlich deplaziert wirkt.

Eine Modellschau in Halver

Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben unserer Zeit, daß Eigenheime und Wohnungen gebaut werden, um die Not derer, die in engen und ungesunden Wohnverhältnissen leben, so rasch als möglich zu beheben. Denn diese besondere Not ist in einer Form auch eine allgemeine: je länger sie dauert, umso gehemmter ist auch die Entwicklung eines gesunden Volkslebens. Es ist wohl klar, daß solch ein allgemeiner Notstand vom Staat allein nicht behoben werden kann, weil ihm die Mittel dazu fehlen. Wir müssen darum zur Selbsthilfe bereit sein, sparen und so den Anfang zur Ueberwindung der Wohnraumnot selbst machen. Die Möglichkeit, in absehbarer Zeit auch zum Ziel zu kommen, bietet sich im Bausparen, das ein zeitgemäßes und steuerbegünstiges Sparen ist.

Die Bausparkassen geben in verschiedenen Arten darüber Aufklärung, Rat und Hilfe. Ihre Leistungen zeigen aber auch eine anhaltende Sparwilligkeit an, und ihre Zuteilungen von Baugeldern lassen erkennen, daß auch dies Jahr wieder Tausende in den Besitz eines Eigenheimes gelangen. Es ist daher der Bauspargedanke einer Förderung wert, seine Verwirklichung immer ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsnöte. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf eine in Halver stattfindende Modellschau der Leonberger Bausparkasse. Sie zu besuchen, wird für jedermann, der an der Verbesserung seiner Wohnverhältnisse interessiert ist, lohnend sein.

Wird unser Arbeitsamt Rekrutierungsbüro?

Wahl zwischen Arbeitsplatz und Kaserne – Wehrfähige zwischen 18 und 32 Jahre im Kreise Altena

Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht nun schon seit Monaten die Remilitarisierung Deutschlands. Während man in Bonn, Paris und London sich noch die Köpfe über Art und Umfang des deutschen Kontingents der Atlantikpakt-Streitmacht zerbricht, wurden bereits die Arbeitsämter als Werbebüros für den Wehrdienst vorgeschlagen. Das hieße, daß auch unsere Arbeitsamt-Nebenstelle Halver die Rekrutierung vornehmen müßte.

Laut Beschluß der Atlantikpaktstaaten soll der deutsche Anteil an der Atlantikpaktstreitmacht ein Fünftel der Gesamtstärke nicht übersteigen. Da der Oberkommandierende General Eisenhower eine Truppe von einer Million Mann befehlen wird, dürften also 200 000 deutsche Soldaten darunter zu finden sein. Das wären für die Bundesregierung doppelt soviel Soldaten, wie sie Deutschland nach dem ersten Weltkrieg zuerkannt wurden. General von Seeckt baute damals das Hunderttausendmann-Heer aus Freiwilligen auf.

Wieder sollen „Freiwillige" sich zum Wehrdienst melden. Die Einstellung der Deutschen zum Militärdienst hat sich inzwischen aber erheblich geändert. Erst kürzlich wurde ein Bund der „Nie-wieder-Frontsoldaten" gegründet und nach der Bundesverfassung kann jeder Deutsche den Militärdienst verweigern. Ob sich also das deutsche Kontingent an der Atlantikstreitmacht nur durch Freiwillige aufstellen läßt, erscheint fraglich. Die Folge wird also sein, daß Deutsche zum Wehrdienst „geworben" werden müssen.

Arbeitsamt-Nebenstelle Halver als Rekrutierungsbüro?

Es klingt wie ein Hohn, daß ausgerechnet die Arbeitsämter als Werbebüros für den Wehrdienst vorgeschlagen wurden. Begründet wurde dieses damit, daß bei den meisten Arbeitsämtern besondere Dienststellen zur Vermittlung von Deutschen für die kasernierten Arbeitseinheiten der Besatzungsmächte vorhanden seien. Es braucht also nur die Werbung einzusetzen und wenn diese Werbung für den Militärdienst in gleicher Form durchgeführt wird wie in einigen Atlantikpaktstaaten, wird mancher Arbeitslose das Soldatenleben einer ungewissen Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit vorziehen. Nicht aus eigenem Triebe und aus Lust zum Militär, sondern nur der Not gehorchend werden sich junge arbeitslose Deutsche für die Atlantikstreitmacht anwerben lassen. Es wird ja wohl nicht gleich zum „heißen" Krieg kommen.

Wehrfähige Männer im Kreise Altena

gibt es nach wie vor eine ganze Menge. Aber schon das Wort „wehrfähig" läßt die meisten Deutschen mit Grauen an den letzten Krieg zurückdenken, und die meisten unserer Männer wollen nicht wieder Soldat werden. Nachstehend soll ein Einblick in die Altersgliederung unserer männlichen Bevölkerung gegeben werden und zwar weniger vom militärischen als vom arbeitsmäßigen Standpunkt aus betrachtet. In den angeführten Zahlen sind allerdings die in den letzten vier Jahren zugezogenen männlichen Personen noch nicht miterfaßt, da es darüber noch keine Aufteilung gibt. Die Zahl der vorhandenen Männer dürfte in Wirklichkeit daher noch höher ausfallen.

Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren

bilden nicht nur im Arbeitsprozeß, sondern auch bei Militär durchweg die „Kerntruppe", da diese Altersgruppen am widerstandsfähigsten und leistungsfähigsten sind. Innerhalb unseres Zählbezirks gibt es heute etwa 5200 Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren, 3000 zwischen 25 und 30 Jahren und 2500 Männer stehen im Alter von 30 bis 35 Jahren.

Die älteren Jahrgänge

unseres Erhebungsbezirkes bis hinauf zur sogenannten „Altersgrenze" dem Ende des 65. Lebensjahres sind wie folgt vertreten: 7700 im Alter von 36 bis 45 Jahren, 10 000 Männer zwischen 45 und 55 und 7000 Männer von 55 bis 65 Jahren. Was darüber ist hat die Pensions-Altersgrenze erreicht. An diesen letzten Altersgruppen dürfte General Eisenhower kaum noch interessiert sein, dafür umsomehr an den jüngeren Jahrgängen.

Daß es wieder deutsche Soldaten geben wird, daran ändert auch die „Ohne-mich-Parole" kaum noch etwas. Zu hoffen ist nur, daß es doch gelingen wird, die Atlantikpaktstreitmacht aus deutschen Freiwilligen zu ergänzen. Schlimm wird es immer erst dann, wenn eine Wehrdienstpflicht eingeführt wird. Dazu darf es aber niemals wieder kommen.

Steht der Höhepunkt des Winters noch bevor?

Eisige Ueberraschungen im Januar/Februar — Lange Heizperiode zu erwarten

Unsere November-Voraussage der Winter 1950/51 würde mit einer Reihe von Frostperioden aufwarten und damit eine erhebliche Steigerung des Kohlenverbrauches für Heizzwecke bedingen, hat sich bisher als richtig erwiesen. Der vergangene Dezember, der erste Wintermonat, brachte im Bundesgebiet im Durchschnitt doppelt soviele Frosttage wie normal. Unter Frosttag versteht man einen Tag, an dem die tiefste Temperatur unter Null sinkt. Im Dezember 1950 wurden 24 bis 28 Frosttage beobachtet. Noch deutlicher trat die Kältetendenz in der Zahl der Eistage hervor. Einen Eistag haben wir, wenn die Höchsttemperatur eines Tages unter Null bleibt. Der Dezember 1950 brachte 8 bis 14, in Süddeutschland teilweise bis zu 18 Eistage, das bedeutet das drei- bis vierfache des Normalen. Die durchschnittliche Temperatur des Dezembers lag 2 bis 3 Grad unter Normal und näherte sich an mehreren Tagen streng winterlichen Werten.

In einem Wechselwinter

Wenn der Januar mit einer recht milden Wetterperiode begann, so ist der Winter noch lage nicht zu Ende, vielmehr sollen die zweite Januarhälfte und der Februar erst die klimatischen Höhepunkte des Winters bringen. Nach den Merkmalen die sich zur Zeit aus dem Großwetterrhythmus ergeben, haben wir einen sogenannten Wechselwinter. Darunter versteht man einen Wetterverlauf, der mehrere ausgeprägte, zum Teil zu Extremen neigende Frostperioden, zwischendurch aber auch betont milde Abschnitte aufweist, zum Unterschied von ausgesprochen strengen Wintern, die höchstens einige Tage Tauwetter bringen, und von absolut milden Wintern, die fast ohne Frost und Schnee verlaufen.

Im Februar gibt es in unserem Klima auch in milden Wintern noch keinen Tag, an dem wir ohne Zimmerheizung auskommen können. Der März kann günstigenfalls in der dritten Monatsdekate einige Tage bringen — namentlich in Südwestdeutschland —, wo man schon auf die Heizung verzichten kann.

Im allgemeinen müssen wir uns aber auf eine lange Heizperiode gefaßt machen! Von Vorbereitung kann ja keine Rede sein.

Eisige Ueberraschungen

Die Witterung der zweiten Januarhälfte und der ersten Februarwochen wird noch wiederholte Frost- und Schneeperioden bringen. Bei der Gesamttendenz dieses Winters, die sich seit Dezember durchaus nicht geändert hat, müssen wir uns leider noch auf manche eisige Ueberraschung gefaßt machen. Nach Berechnungen, die sich aus der großatmosphärischen Zirkulation November-Dezember 1950, aus der vergleichenden Temperaturstatistik und nach synoptischen Unterlagen und Niederschlagsrhythmen ergeben, wird der Januar im Gesamtdurchschnitt zu kalt werden. Länger anhaltende Frostperioden dürften den zweiten Teil des Monats bestimmen, die Schneeverhältnisse dürften voraussichtlich in unserer Höhenlage weiterhin günstig werden. Die nächsten Frostperioden sind am wahrscheinlichsten in den nächsten Wochen oder in der ersten Februarwoche zu erwarten.

Oberbrügge / Ehringhausen

Arbeitsjubilar

Auf eine 25jährige Tätigkeit in der Großbäckerei Pixberg konnte der Bäckermeister Wilh. Bürger zurückblicken. In einer Feierstunde wurden die Verdienste des Jubilars herausgestellt. Auch wir wünschen dem alten Halveraner nachträglich unseren Glückwunsch.

Einbruchsdiebstahl

Wieder einmal wurde ein hiesiger Geschäftsmann von unsauberen Elementen heimgesucht. Durch Eindrücken einer Fensterscheibe hatten sie sich Einlaß verschafft und waren auf diese Weise in den Laden gelangt. Aber allzu groß ist die Beute nicht ausgefallen. Das Wechselgeld wurde der Kasse entnommen und dazu noch Lebensmittel und Zigaretten. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen. Dieses Geschäft wurde leider schon des öfteren von Dieben besucht.

Hochwasser

Durch die starken Regenfälle der letzten Tage und die Schneeschmelze im Ebbe führt die Volme mit ihren Gebirgsflüssen Hochwasser. Zum Teil ist der sonst träge Fluß schon über seine Ufer getreten und hat Wiesen und Gärten in einen großen See verwandelt. Am übelsten sind die Anlieger der Volme dran. Hier ist das Wasser bereits in die Keller gedrungen und richtet naturgemäß großen Schaden an. An den alten Hammerwehren stauen sich die Wassermassen, um sich dann mit großem Getöse weiter zu Tal zu wälzen.

Verkehrsunfall

Erneut war die Straßenkreuzung nach Lüdenscheid der Schauplatz eines Verkehrsunfalls. Auf dem glatten Kleinpflaster wurde ein auswärtiger Personenwagen aus der Fahrbahn geworfen und stürzte die Böschung hinab. Nach mühevoller Arbeit gelang es, den Wagen wieder auf die Straße zu bringen. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Betrügerische Kohlengeschäfte. Ein Fuhrunternehmer aus Oberbrügge schloß unter falschen Namen ein Geschäft über 10 t Koks ab und fuhr mit seinen Interessenten zu einer Zeche unweit Köln. Dort ließ er sich eine Anzahlung von 500 DM geben, verschwand dann aber damit unter dem Vorwand, daß er die Wiegekarte holen wolle. Ein Beteiligter hatte sich aber das Kennzeichen des Wagens notiert, so daß der Betrogene am nächsten Tage in der Wohnung des Unternehmers erschien und sein Geld forderte. Dieser stellte sich aber unwissend, worauf die Polizei sich der Angelegenheit annah. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Schalksmühle

Generalversammlung der Ostvertriebenen

Am kommenden Sonntagnachmittag findet im Hotel Bender eine Generalversammlung der Ortsvereinigung der Ostvertriebenen statt, in der wichtige Fragen behandelt werden sollen. Rege Teilnahme wird daher erwartet.

Breckerfeld

Weniger Fürsorgeempfänger

Im Jahre 1950 ging die Zahl der Fürsorgeempfänger weiter zurück. Von 233 Parteien mit 533 Personen zu Anfang des Jahres sank die Ziffer am Jahresende bis auf 222 Parteien mit 375 Personen.

Hoffentlich bleibt es nicht beim guten Rat

Ein Beispiel, von dem wir hoffen, daß es Schule macht

Bei verschiedenen Stellen scheint doch allmählich die Vernunft und damit die Einsicht zu siegen, daß die ständigen Preissteigerungen und die dadurch entstehende soziale Notlage immer mehr einem kritischen Punkt zusteuern. In der letzten Zeit haben verschiedene Gruppen die maßgebenden Stellen beschworen, dieser Krise entgegen zu wirken, vor allem dadurch, daß man die steigende Preisentwicklung einhält. Im Interesse unseres Volkes sollte man hoffen, daß tatsächlich die sozialen Probleme die Vernunft wachgerufen haben.

Der Einzelhandelsverband Ostwestfalen e. V., Kreisvereinigung Halle, hat in den Tagen vor Weihnachten seinen Mitgliedern ein Schreiben zugeleitet, das, so dürfen wir wohl hoffen, Schule machen wird. Darin heißt es u. a.:

In einer Besprechung, die am 7. 12. 1950 bei der Kreisverwaltung Halle mit dem Oberkreisdirektor und dem Kreisvertreter der Gewerkschaften stattfand, wurde eingehend die schwierige sozialpolitische Situation im Kreise Halle besprochen. Sowohl der Oberkreisdirektor als auch der Kreisvertreter legten dar, daß die soziale Lage eines erheblichen Teils der Bevölkerung zu Besorgnissen im Kreisgebiet Anlaß gäbe, zumal auch die Preisentwicklung eine steigende Tendenz aufweise. Die Einzelhandelsvertretung wurde daher gebeten, die Kaufmannschaft aufzufordern, durch eine niedrige Preisfestsetzung ihrerseits zur Linderung von Not und Sorgen ebenfalls beizutragen.

Der Vorstand der Kreisvereinigung Halle des Einzelhandelsverbandes Ostwestfalen unterstützt diesen Wunsch der Kreisvertretung und bittet alle Mitglieder, gerade bei der Preisfestsetzung der Weihnachtsartikel besonders sozial zu verfahren. — . . . nicht zuletzt scheint es richtiger zu sein, durch eine niedrige Preisstellung dem Verbraucher etwas zukommen zu lassen als später dem Finanzamt. Daß die Kaufmannschaft sich auch von jeher ihrer sozialen Verpflichtung gerade gegenüber den ärmeren Volksschichten stets bewußt war, darauf wurde von den Vertretern des Einzelhandels besonders hingewiesen. Trotzdem wird auch noch der Wunsch ausgesprochen, diese soziale Einstellung anläßlich dieses Weihnachtsfestes besonders zu betonen. □

Keine Aggressivmaßnahme der Gewerkschaften

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Kreisausschuß Hagen, teilt uns eine Bekanntgabe der DGB-Bundespressestelle mit, in der es u. a. heißt:

„Eine Reihe von Gerwerkschaftlern, die der CDU angehören, erörterten am Montagabend unter Vorsitz des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, Matthias Föcher, auf einer Konferenz in Düsseldorf die ablehnende Stellungnahme von einigen Vorsitzenden der Sozialausschüsse und einigen Bundestagsabgeordneten aus dem Arbeitnehmerkreis der CDU zu dem Beschluß der Industriegewerkschaft Metall.

„Die christlichen Menschen in den Gewerkschaften sind frei und mündig genug, ihre Belange in der Gewerkschaftsbewegung selbst zu wahren", heißt es in einer Entschließung, die von den Versammelten einstimmig angenommen wurde. Es wird als überaus unverantwortlich empfunden, daß in einem Augenblick, der geradezu entscheidend für eine gute Verwirklichung eines echten Mitbestimmungsrechts ist, Personen, die eigentlich der Arbeitnehmerschaft verpflichtet sind, eine solche Stellungnahme überhaupt abgeben konnten. Die in Düsseldorf versammelten Gewerkschaftler sind der Ansicht, daß gerade aus alter christlich-sozialer Verpflichtung alles getan werden muß, um eine den elementarsten Rechten der Arbeitnehmerschaft entsprechende Ordnung zu gestalten und alle Versuche zur Restauration verhängnisvoller und im tiefsten Grunde unchristlicher kapitalistischer Regelungen zu unterbinden.

Der Beschluß der IG Metall, so heißt es weiter in der Entschließung, sei keine Aggressivmaßnahme der Gewerkschaften gegen den demokratischen Staat und die demokratische Ordnung, sondern diene im Gegenteil der notwendigen Ausdehnung dieser Ordnung auf den wirtschaftlichen Bereich. Im übrigen gefährdeten die Kreise die Demokratie, die sich einer solchen Entwicklung widersetzen. Gerade die Gewerkschaften hätten sich stets um die Festigung des demokratischen Gedankens bemüht, so daß der erhobene Vorwurf absurd erscheine. Die Maßnahme der Gewerkschaften ist nicht staatspolitischer, sondern wirtschaftspolitischer Natur und letzthin Verteidigung gegenüber Bestrebungen, die darauf abzielen, die Gestaltung einer notwendigen wirtschaftlichen Demokratie zu vereiteln oder eine gewordene und bewährte Ordnung in den entflochtenen Werken der eisenschaffenden und stahlerzeugenden Industrie zu beseitigen.

Die christlichen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen in absoluter Treue hinter den auf demokratische Weise zustandegekommenen Beschlüssen ihrer Gewerkschaften und lassen sich durch unverantwortliche und unsachliche Stellungnahmen parteipolitischer Organe nicht in ihrer Haltung erschüttern. Sie sehen es aus ihrem christlich-sozialen Gewissen heraus als Verpflichtung an, zu einem Erfolg der den Gewerkschaften aufgezwungenen Maßnahmen im Interesse der Arbeitnehmer und des deutschen Volkes beizutragen."

Beschlußfassung vertagt

Bericht über Bundesverfassungsgericht

dl. Bonn, 18. Januar

Die zweite Beratung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht nahm in der Plenarsitzung des Bundestages durch die bisherigen Besprechungen im Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht mehr als drei Stunden in Anspruch. Für den Ausschuß begründeten die Abgeordneten Dr. von Merkatz (DP), Dr. Wahl (CDU) und Neumayer (FDP) die nunmehrige Fassung des Gesetzentwurfes. Die Aussprache und Beschlußfassung daraufhin auf kommende Woche vertagt. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit wurde auch die Verabschiedung des Wahlprüfungsgesetzes und des Gesetzes für Sicherungs- und Ueberleitungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft den Plenarsitzungen der nächsten Woche vorbehalten.

Bauprogramme für die Besatzung

100 Millionen für Kasernen-Evakuierte

dpa. Bonn, 18. Januar

Aus einer Antwort, die Bundesfinanzminister Fritz Schäffer auf eine Anfrage gab, geht hervor, daß fünf Bauprogramme zur Unterbringung der alliierten Truppenverstärkungen in Angriff genommen worden sind. Durch sie sollen Kasernen und Lager instandgesetzt, umgebaut oder neu errichtet werden. Ferner sollen Ersatzunterkünfte für heimatlose Ausländer und für die exmittierte Zivilbevölkerung errichtet werden.

Die Bauprogramme werden grundsätzlich im Requisitionswege verwirklicht und durch den Besatzungskostenhaushalt finanziert. Allein das deutsche Bauprogramm zur Unterbringung der Kasernenverdrängten wird über 100 Millionen DM erfordern.

Neuer Direktoren-Prozeß

dpa. Erfurt, 18. Januar

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes Erfurt begann am Mittwoch ein neuer Prozeß gegen 14 ehemalige Direktoren und leitende Angestellte der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft und der Landesgenossenschaftsbank Thüringen. Die Angeklagten sollen seit 1947 laufend in Sabotageabsicht die Maßnahmen der Sowjetzonen-Verwaltungsorgane durchkreuzt und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau schwersten Schaden zugefügt haben.

„Sowjetjäger keine ernsthaften Gegner"

Gewaltige Rüstungen in den USA — 50 000 Flugzeuge und 35 000 Panzer im Jahr

dpa. Washington, 18. Januar

Die USA wollen ihre Verteidigungsproduktion soweit ausdehnen, daß jährlich 50 000 Kampfflugzeuge und 35 000 Panzer hergestellt werden können. Dies soll im Rahmen eines 87-Milliarden-Dollar-Programms erreicht werden, das zunächst den Zeitraum bis Juni 1952 umfaßt. Der Leiter des Amtes für wirtschaftliche Mobilisierung, Charles Wilson, erklärte in Philadelphia, die USA verfügten über den besten schweren Panzer der Welt. Zwar habe die Sowjetunion den amerikanischen Bomber BB 29 in beträchtlicher Zahl nachgebaut, sie komme aber damit nicht an die neueren amerikanischen Bombertypen heran. Auch stellten die sowjetischen Düsenjäger keinen ernsthaften Gegner für die neueren amerikanischen Düsenflugzeuge dar.

Adenauer im Rundfunk

dl. Bonn, 18. Januar

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Dienstag, dem 23. Januar, im Rundfunk zur gesamtdeutschen Frage sprechen, um der entstellenden Auswertung seiner Antwort auf den Grotewohl-Brief in der Ostzone entgegenzutreten. Im Bundeskanzleramt wurde dazu ausdrücklich betont, Dr. Adenauer würde in dieser Ansprache keinesfalls neue Vermittlungsvorschläge machen.

Stellvertreter: General Juin

dmt. London, 18. Januar

Der französische General Juin, bisher Generalpräsident in Marokko, hat das Amt eines stellvertretenden Oberkommandierenden der atlantischen Streitkräfte nunmehr angenommen.

Todesurteil bestätigt

dpa. Paris, 19. Januar

Der Kassationsgerichtshof in Paris bestätigte am Mittwoch das Todesurteil gegen den ehemaligen deutschen Hauptmann Kolrep. Dieser hatte gegen das am 26. Oktober vom Metzer Kriegsgericht wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verhängte Todesurteil Revision eingelegt.

Nehru traf Trygve Lie

dpa. Paris, 18. Januar

Der indische Ministerpräsident Nehru hatte am Donnerstag in Paris eine Besprechung mit dem UNO-Generalsekretär Trygve Lie über Fernostprobleme. Vorher hatte er mit dem französischen Minister für Europaangelegenheiten, Guy Mollet, in der indischen Botschaft eine Besprechung gehabt. Nehru empfing ferner den französischen Atom-Physiker Professor Joliot. In den Vormittagstunden hatte der indische Ministerpräsident dem französischen Staatspräsidenten Auriol im Elysée einen Besuch abgestattet.

Weibliche Abgeordnete beklagen sich

dmt. Bonn, 18. Januar

Die 33 weiblichen Bundestagsabgeordneten wollen sich in Zukunft jeweils einmal im Monat treffen. Bei der ersten dieser Zusammenkünfte führten sie darüber Klage, daß sie bei großen Empfängen zu wenig berücksichtigt würden.

Larock will deutsche Freiwillige

dpa. Brüssel, 19. Januar

Der belgische Sozialist Victor Larock schlug am Donnerstag vor, keine festgefügten deutschen Einheiten für die atlantische Armee aufzustellen, sondern deutsche Freiwillige in die britisch-amerikanischen Kontingente aufzunehmen. Dadurch würde eine Entscheidung der Bundesregierung über den Verteidigungsbeitrag fortfallen, und die Gefahr des Wiederauflebens eines deutschen Militarismus könnte ausgeschaltet werden.

Die Vorschläge Larocks, die er im Zentralorgan der belgischen Sozialisten, „Le Peuple", verbreitete, sind das Ergebnis einer Informationsreise durch Deutschland, bei der Larock unter anderem mehrere Unterredungen mit führenden SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftlern hatte. Die deutschen Freiwilligen, schreibt der sozialistische Politiker, sollten einzeln oder in kleinen Gruppen in die bestehenden atlantischen Einheiten aufgenommen werden. Sie sollen untereinander Kontakt behalten. Die Einstellungsbedingungen müßten die gleichen wie für alle anderen Soldaten der atlantischen Armee sein.

„Ein ernster Zwischenfall"

dmt. Paris, 18. Januar

In Paris bezeichnet man die Besetzung des an der französischen Sektorengrenze Berlins gelegenen neuen Gutshofs Frohnau als ernsten Zwischenfall. Unzweifelhaft handele es sich hierbei um eine wohlüberlegte Provokation der Sowjetbehörden. Man befürchtet, diese unerfreuliche Geste sei nur der Auftakt zu weiteren Uebergriffen.

Die hartnäckige Grippe

dpa. Hamburg, 19. Januar

Die schwere Grippe-Epidemie, die weite Teile Europas heimsucht, ist in den meisten Staaten im Abklingen. In Großbritannien und in Belgien scheint sie sich jedoch hartnäckig zu halten. Eine leichte Form der Grippe ist in den letzten Tagen in Spanien und Nordafrika aufgetreten.

In London haben die Aerzte zusätzliche Krankenhausbetten angefordert, da Süd- und Westengland zahlreiche Neuerkrankungen melden. Die am schwersten betroffenen Gebiete Großbritanniens sind mit den Beerdigungen bis zu fünfzehn Tagen im Rückstand. Friedhöfe stellen weitere Hilfstotengräber ein. In Dublin müssen 40 Prozent der Einwohner das Bett hüten.

Während in Belgien die Epidemie auf die Industriebezirke übergegriffen hat und in Charleroi bereits die Schulen geschlossen wurden, atmen Frankreich, Holland und die skandinavischen Staaten auf. Dort ist die Grippe im Abklingen

Vietminh-Offensive gestoppt

dpa. Saigon, 19. Januar

Das französische Oberkommando in Indochina teilte am Donnerstagabend mit, daß die Offensive der Aufständischen nach viertägigen schweren Kämpfen am Mittwoch gestoppt worden sei. Am Donnerstag hatten französische Stoßtrupps keine Fühlung mit Vietminh-Truppen mehr. Zentrum der Schlacht war die etwa 40 km nordwestlich von Hanoi gelegene Stadt Vinh-Jen. Die französischen Truppen haben große Mengen von Munition erbeutet.

Wetterbericht

Zwischen einem ostwärts Island festliegenden Tiefdruckgebiet und einem Hochdruckgebiet westlich Spanien strömen weiterhin verhältnismäßig milde Meeresluftmassen nach Westdeutschland. Vorhersage: Lebhafte Winde, einzelne schauerartige Regenfälle. Nachts kein Frost, tags 5 bis 7 Grad. Weitere Aussichten: Unbeständig.

Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver, Kirchstraße 5 Fernruf: Halver 442 - Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther - Lokale Schriftleitung: Werner Bell - Anzeigenleitung Ernst Höngen, Halver - Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Abbestellungen nur bis zum 20. eines Monats schriftlich beim Verlag.

Und wenn's köstlich gewesen ist,
so ist es Mühe und Arbeit gewesen.
Ps. 90.

Gestern abend starb nach kurzem Krankenlager unsere nimmermüde liebe Mutter, unsere gute Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Lina Klauke

geb. Orth

im fast vollendeten 89. Lebensjahre.

In stiller Trauer:

Karl Klauke und Frau
Wilhelm Weyland und Frau
Klara geb. Klauke
Wwe. Walter Weyland
Johanna geb: Klauke
5 Enkel und 4 Urenkel

Halver, Hüllenberg, den 19. Januar 1951.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 22. Januar 1951, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause v. Vinckestraße 2 aus, statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Danksagung!

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen danken wir recht herzlich.

Familie Ernst Panne.

Giersiepen, im Januar 1951.

Für die uns anläßlich unserer Verlobung erwiesenen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken wir auch im Namen unserer Eltern herzlich.

Emmi Meis
Hans Bürger

Halver, im Januar 1951.

Aerztlicher Sonntagsdienst Kierspe-Rönsahl

Sonntag, 21. Januar 1951
Dr. Schriever, Kierspe,
Telefon Meinerzhagen 562

Aerztlicher Sonntagsdienst Halver

Sonntag, 21. Januar 1951
Dr. Eversmann

Aerztlicher Sonntagsdienst Schalksmühle

Sonntag, 21. Januar 1951
Dr. Müller

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirchengemeinde Halver. Sonntag, 21. Januar 1951, Septuages., 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Dr. Gr. Dresselhaus; 11 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, 15.30 Uhr: Frauenhilfe (Missionsschwester). Sonnabend, 27. Januar, 20.15 Uhr: Bibelstunde, Prediger Bohl. **Carthausen.** Sonntag, 9.30 Uhr: Gottesdienst, Pastor Stommel. Donnerstag, 25. Januar, 15.30 Uhr: Frauenhilfe (Missionsschwester). **Glörfeld.** Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst, Prediger Burghoff. **Oberbrügge.** Sonntag, 21. Januar 51, 9.30 Uhr: Gootesdienst, Schule Oberbrügge, Pastor Thunig; 10.45 Uhr: Kindergottesdienst. Montag, 17.30 Uhr: Jungmädchenkreis Oberbrügge; 19.45 Uhr: Jungmädchenkreis Ehringhausen bei Steinbach. Dienstag, 19 Uhr: CVJM; 20 Uhr: Bibelstunde in Schmidtsiepen bei Huckenbeck. Donnerstag, 20 Uhr: Bibelstunde in Oberbrügge bei Frl. Berghaus.

Evangel. Vereinshaus Halver. Sonntag, den 21. 1. 51, 9.15 Uhr: Gebetsstunde; 16.30 Uhr: Bibelstunde, Brd. Buchhorn. Dienstag 20.15 Uhr: CVJM-Jungmännerstunde, Bibelarbeit über Matth. 10 34—42. Mittwoch, 20.15 Uhr: Jungmädchenkreis. Donnerstag 15.30 Uhr: Frauen-Missionskreis; 20.15 Uhr: CVJM-Turnstunde Freitag, 20.15 Uhr: Gemischter Chor. Samstag, 15.30 Uhr: CVJM-Jungschar; 20 Uhr: CVJM-Jungenschaft; 20.15 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde im Konfirmandensaal, Prediger Bohl.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag, 21. 1. 1951, 9.30 Uhr: Erbauungsstunde; 11 Uhr: Sonntagschule; 20.15 Uhr: Bibelstunde. Montag, 20.15 Uhr: Gem. Chor. Dienstag, 20.15 Uhr: Männerabend. Mittwoch, 15.30 Uhr: Frauenstunde; 20.15 Uhr: Mädchenkreis. Donnerstag, 15 Uhr: Unterricht; 20.15 Uhr: Gebetstunde. Freitag, 15 Uhr: Unterricht; 20.15 Uhr: Männerchor. Samstag, 15.30 Uhr: Jungscharen; 20.15 Uhr: Bibelstunde, Schmidtsiepen

Katholische Christus-König-Gemeinde, Halver. Sonntag, 21. 1., Septuagesima, 7 Uhr: Frühmesse mit gem. hl. Kommunion der Männer; 9 Uhr: Kindermesse; 10.15 Uhr: Hochamt; 14.30 Uhr: Andacht mit sakr. Segen. Montag, 22. 1., 7.15 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: Gemeinschaftsmesse der Frauen und Mütter. Dienstag, 23. 1., 8 Uhr: Schulmesse. Mittwoch, 24. 1., 6 Uhr: Pfarrjugendmesse. Donnerstag, 25. 1., 7.15 Uhr: hl. Messe. Freitag, 26. 1., 8 Uhr: Schulmesse. Samstag, 27. 1., 7.15 Uhr: hl. Messe. **Ehringhausen.** Sonntag, 21. Januar 1951 — Septuagesima, 8 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Hochamt. Die heiligen Messen an den Wochentagen fallen aus.

Evangelische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, 21. 1. 51, 9 Uhr: Gottesdienst im Saale der Fr. evangel. Gemeinde (P. Gr. Oetringhuas); 10.30 Uhr: Kindergottesdienst im Konfirmandensaal; 17 Uhr: Bibl. Vortrag von Missionsprediger Bohl im Saale der Fr. Gem. Dienstag, 23. 1. 51, 20 Uhr: Frauenhilfe im Konfirmandensaal. Mittwoch, 24. 1., 20.15 Uhr: Bibelstunde im Konfirmandensaal (Missionsprediger Bohl). **Dahlerbrück.** Sonntag, 21. 1., 9.30 Uhr: Gottesdienst (P. Trenner); 10.45 Uhr: Kindergottesdienst. Donnerstag, 25. 1., 20.15 Uhr: Bibelstunde in der Waldkirche (Missionsprediger Bohl).

Freie evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, 21. 1. 51., 10.15 Uhr: Erbauungsstunde; 13.30 Uhr: Sonntagschule; 15.30 Uhr: Bibelstunde. Montag, 22. 1., 20.30 Uhr: Männerchor. Dienstag, 23. 1., 20.15 Uhr: Jugendstunde. Mittwoch, 24. 1., 20.30 Uhr: Gemischter Chor. Donnerstag, 25. 1., 20.30 Uhr: Gebetstunde. Freitag, 26. 1., 17.30 Uhr: Jungschar. **Waldkapelle Oeckinghausen.** Sonntag, 21. 1., 9 Uhr: Jungschar, anschl. Sonntagschule.

Katholische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, 21. 1. 51, 9.30 Uhr: Hochamt, Schalksmühle; 7 Uhr: Frühmesse, Rummenohl; 11.30 Uhr: Hochamt, Rummenohl; 8.30 Uhr: hl. Messe, Dahl.

Kirchliche Nachrichten für Rönsahl. Sonntag, 21. 1. (Septuagesimae), 10 Uhr: Gottesdienst; 11.15 Uhr: Kindergottesdienst. Mittwoch, 24. 1., 20.30 Uhr: Bibelstunde im Pfarrhaus. Jugendstunden für Mädchen: jeden Donnerstag, 20.15 Uhr: Mädchenkreis; jeden Montag, 15 Uhr: Mädchenjungschar; für Jungen: jeden Samstag, 15 Uhr: Jungschar und 20 Uhr: Jungenkreis. Donnerstag, 20.30 Uhr: CVJM-Stunde im Jugendheim.

Evangelische Kirchengemeinde Kierspe. Kierspe-Dorf, 9 Uhr: Kindergottesdienst; 10 Uhr: Gottesdienst im Lutherhaus; 20 Uhr: Bibelstunde im Lutherhaus. Montag, 20 Uhr: CVJM. Dienstag, 20 Uhr: Jungmädchenkreis. Mittwoch, 20 Uhr: Frauenhilfe (Missionsschwester). Sonnabend 15 Uhr: Mädchenjungschar; 20.30 Uhr: Kirchenchor. Kierspe-Bhf. 8 Uhr: Gottesdienst; 10 Uhr: Kindergottesdienst; 16 Uhr: Bibelstunde in der Schule. Vornberg. 10 Uhr: Gottesdienst in der Schule. Kierspe-Bhf. Dienstag, 20.15 Uhr: Kirchenchor in der Schule. Mittwoch, 15 Uhr: Frauenhilfestunde mit Missionsschwester im Hotel „Bastian". Mittwoch, 20 Uhr: CVJM; Donnerstag, 20 Uhr: Jungmädchenkreis.

Amtsgericht Lüdenscheid

Veränderungen:

HRA 1368: am 8. 9. 1950: **Firma Gebr. Dahlhaus, Schalksmühle.** Assessor Kurt Drießen, Lüdenscheid, ist Gesamtprokura erteilt. Er ist zeichnungsberechtigt nur in Gemeinschaft mit den beiden Einzelprokuristen Ehefrau Carl Dahlhaus und Geschäftsführer Wilhelm Dahlhaus, deren bisherige Alleinprokura auf die bestellte Gesamtprokura beschränkt ist. — Am 12. 1. 1951: Die Prokura des Geschäftsführers Wilhelm Dahlhaus ist erloschen.

Veränderungen:

HRA 2073: am 30. 12. 1950: **Firma Erka Vertriebsgesellschaft Kuschke & Co., Halver i. W.** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherige persönlich haftende Gesellschafterin Frau Erna Kuschke geb. Krüger, Halver, ist alleinige Inhaberin und führt die Firma fort.

HRA 2075: am 30. 12. 1950: **Firma Fritz Hengstenberg & Sohn, Heedfeld bei Lüdenscheid.** Die Firma hat ihren Sitz von Lüdenscheid nach Heedfeld verlegt.

MODELLSCHAU
der Leonberger Bausparkasse
am Freitag, den 19. Januar 1951 von 14–20 Uhr
am Samstag, den 20. Januar 1951 von 13–19 Uhr
in Halver, Hotel zum Loewen
Fachkundige Beratung in allen Fragen der Baufinanzierung, Hausbau, Hauskauf, Wiederaufbau.
Eintritt frei!
Leonberger Bausparkasse A. G.
Leonberg b. Stuttgart
Vertreter: W. Kahlkühler, Kierspe - Bhf.

Lichtspiele Karlshöhe
Nur 2 Tage!
Samstag 20 Uhr
Sonntag 17 und 20 Uhr
Wolf Albach-Retty
Vera Molnar, Paul Kemp
in
„Gefährliche Gäste"
Ein toller Wirbel von Lachen, Liebe u. Musik
Die Garantie für einen lustigen Abend
Dazu
Wochenschau u. Beiprogramm

Union - Lichtspiele
Sonnabend 20 Uhr
Sonntag 17 und 20 Uhr
Schmuggler von Saigon
Jugendfrei ab 14 Jahre!
Neue deutsche Wochenschau
Sonnabend, 22.30 Uhr
Spätvorstellung
„Elefanten-Boy"
Einer der schönsten Tierfilme, der je gedreht wurde
Sonntag, 15 Uhr
Kinder- u. Jugend-Vorstellung
mit
„Elefanten-Boy"


Hund
(Münsterländer)
weiß-braun, abhanden gekommen.
Wer kann Angaben machen.
Ernst Bauer, Halver
Oberlangenscheid

Schleifer
für Naß-, Trockenschleifen und Polieren sucht
Ludwig Schröder
Schalksmühle